

L9 Für ein gutes Leben für alle – eine solidarische Zukunft in Nordrhein-Westfalen

Gremium: Landesvorstand GJ NRW
Beschlussdatum: 20.10.2026
Tagesordnungspunkt: 2 Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Die Welt, in der wir leben, ist nicht alternativlos. Und die Welt, für die wir
2 kämpfen,
3 muss nicht so aussehen wie die, in der wir heute leben.
4 Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der niemand Angst vor der nächsten
5 Mieterhöhung haben muss. In der niemand zwischen einer warmen Wohnung und
6 ausreichend Essen entscheiden muss. In der gute Arbeit Zeit zum Leben lässt,
7 Care-Arbeit gerecht verteilt wird und niemand aufgrund , Geschlecht, Behinderung
8 oder
9 ökonomischen Status schlechtere Chancen hat. In der Klimaschutz nicht als V
10 erzicht für
11 diejenigen organisiert wird, die ohnehin wenig besitzen, sondern als gemeinsames
12 Projekt für eine gerechtere Zukunft. In der alle Menschen frei und
13 selbstbestimmt leben
14 können, ohne Angst vor Armut, Diskriminierung oder Ausgrenzung.
15 Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht Profitinteressen darüber entscheiden,
16 wer gut
17 leben darf. Eine Gesellschaft, in der Wohnen kein Spekulationsobjekt, Bildung

18 keine

19 Frage des Elternhauses und soziale Sicherheit kein Privileg ist. Eine
20 Gesellschaft, in der

21 Menschen mehr Zeit füreinander haben, demokratisch über ihr Leben mitbestimmen
22 und die Zukunft gemeinsam gestalten können.

23 Diese Gesellschaft existiert noch nicht. Aber sie ist möglich.

24 Als Grüne Jugend NRW geben wir uns nicht mit einer Politik zufrieden, die
25 lediglich

26 verwaltet, was angeblich möglich ist. Wir wollen darüber streiten, was notwendig
27 ist. Wir

28 wollen nicht nur fragen, wie wir bestehende V erhältnisse ein wenig verbessern
29 können,

30 sondern auch, welche V erhältnisse wir grundsätzlich verändern müssen. Unsere
31 Utopien

32 sind dabei keine fernen T räume, die wir auf irgendwann verschieben. Sie sind
33 der

34 Maßstab für unsere politische Arbeit im Hier und Jetzt.

35 Denn wer sich eine andere Gesellschaft vorstellen kann, kann auch anfangen, für
36 sie zu

37 kämpfen.

38 Eine Gesellschaft, die allen ein gutes Leben ermöglicht

39 Wir leben in einer Gesellschaft, die großen Reichtum hervorbringt und
40 gleichzeitig vielen

41 Menschen die Sicherheit nimmt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Während
42 einige

43 über immense V ermögen verfügen, wissen andere nicht, wie sie ihre Miete

44 bezahlen

45 sollen. Während gesellschaftlicher Reichtum wächst, fehlt es an
46 bezahlbarem Wohnraum, gut ausgestatteten Schulen, ausreichend Personal in Kitas,
47 funktionierendem Nahverkehr und verlässlichen sozialen Angeboten.

48 Diese Widersprüche sind kein Naturgesetz. Sie entstehen durch politische
49 Entscheidungen und wirtschaftliche Machtverhältnisse. Sie können deshalb auch
50 verändert werden.

51 Wir wollen eine Gesellschaft, in der der gesellschaftliche Reichtum allen
52 zugutekommt.

53 Eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen wichtiger sind als die
54 Profite
55 weniger. Dafür müssen wir Eigentumsverhältnisse, politische Prioritäten und die
56 Verteilung von Ressourcen infrage stellen. Wir wollen nicht akzeptieren, dass
57 Menschen
58 um die Sicherung ihrer Existenz kämpfen müssen, während große V.ermögen
59 unangetastet bleiben.

60 Ein gutes Leben für alle bedeutet für uns mehr als das bloße Überleben. Es
61 bedeutet,

62 genug Geld zum Leben zu haben, ohne sich jeden Wunsch und jede soziale Teilhabe
63 vom

64 Mund absparen zu müssen. Es bedeutet, sich die eigene Wohnung leisten zu können,
65 ohne einen Großteil des Einkommens dafür aufzugeben. Es bedeutet, Zeit für

66 Freund*innen, Familie, politische Arbeit, Erholung und persönliche Entwicklung
67 zu haben.

68 Es bedeutet, nicht ständig funktionieren zu müssen, um den eigenen Platz in der
69 Gesellschaft zu rechtfertigen.

70 Wir kämpfen für einen Sozialstaat, der Menschen nicht kontrolliert und bestraft,
71 sondern
72 ihnen Freiheit ermöglicht. Für eine soziale Absicherung, die vor Armut schützt,
73 statt
74 Menschen mit Sanktionen und bürokratischen Hürden zusätzlich unter Druck zu
75 setzen.

76 Für ein Leben in Würde, das nicht davon abhängt, ob Menschen auf dem
77 Arbeitsmarkt
78 gerade gebraucht werden oder Unterstützung aus ihrem familiären Umfeld erhalten.

79 Wir wollen nicht nur Armut verwalten. Wir wollen die gesellschaftlichen V
80 erhältnisse
81 verändern, die Armut hervorbringen.

82 Wohnen, Bildung und Mobilität gehören allen

83 Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der jede Person ein Zuhause hat, das
84 sie sich
85 leisten kann. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf nicht länger der
86 Profitmaximierung
87 auf dem Immobilienmarkt untergeordnet werden. Wir kämpfen für einen starken
88 gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbau, für dauerhaft bezahlbare Mieten und für
89 eine Wohnungspolitik, die Menschen schützt, statt Eigentumsrenditen über ihre
90 Bedürfnisse zu stellen.

91 Unsere Utopie sind Städte und Dörfer, in denen Menschen unabhängig von ihrem

92 Einkommen wohnen bleiben können. Quartiere mit bezahlbaren Wohnungen, grünen
93 Freiräumen, lebendigen Nachbarschaften und einer sozialen Infrastruktur, die für
94 alleerreichbar ist. Wir wollen kommunales und gemeinwohlorientiertes Eigentum
95 stärken

96 und die demokratische Mitbestimmung von Mieter*innen ausbauen.

97 Wir wollen Bildung, die Menschen stärkt, statt soziale Ungleichheit zu
98 reproduzieren. Eine

99 Schule darf nicht darüber entscheiden, welche Zukunft einem Menschen offensteht.

100 Kitas, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten müssen Orte sein, an denen
101 alle

102 Menschen unabhängig von ihrem Elternhaus gute Bedingungen vorfinden. Dafür
103 braucht

104 es ausreichend Personal, gute Lernbedingungen, kostenlose Bildungsangebote und
105 eine

106 verlässliche soziale Unterstützung.

107 Junge Menschen sollen ihre Zukunft gestalten können, ohne sich zwischen
108 Ausbildung,

109 Studium, politischem Engagement und der Sicherung ihres Lebensunterhalts
110 aufreiben

111 zu müssen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der junge Menschen nicht als

112 Kostenfaktor oder Arbeitskräftereserve betrachtet werden, sondern als Menschen
113 mit

114 eigenen Bedürfnissen, Rechten und Vorstellungen vom guten Leben.

115 Auch Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wir wollen einen
116 öffentlichen

117 Nahverkehr, der bezahlbar, barrierefrei, zuverlässig und überall verfügbar ist.
118 Menschen

119 müssen unabhängig vom eigenen Auto am gesellschaftlichen Leben teilnehmen
120 können. Gerade in ländlichen Regionen braucht es dafür einen konsequenten Ausbau
121 öffentlicher Verkehrsangebote. Klimafreundliche Mobilität darf kein Privileg
122 derjenigen
123 sein, die in gut angebundenen Innenstädten wohnen.
124 Für uns ist klar: Öffentliche Daseinsvorsorge muss sich an den Bedürfnissen der
125 Menschen orientieren. Sie darf nicht davon abhängen, ob sich ein Angebot
126 wirtschaftlich
127 rechnet.
128 Mehr Zeit und eine gerechte Verteilung von
129 Sorgearbeit
130 Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Menschen für sich und andere
131 sorgen
132 können, ohne dadurch in finanzielle Unsicherheit zu geraten. In der niemand
133 seine
134 Gesundheit opfern muss, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. In der Arbeit
135 nicht das
136 gesamte Leben bestimmt und Menschen nicht auf ihre wirtschaftliche Verteilung
137 erwerbsfähigkeit
138 reduziert werden.
139 Wir kämpfen für gute Löhne, sichere Arbeitsverhältnisse, starke Gewerkschaften,
140 umfassende Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen, die ein gesundes Leben
141 ermöglichen. Wir wollen, dass gesellschaftlicher Fortschritt nicht nur an
142 Produktivität

143 und Wachstum gemessen wird, sondern daran, ob Menschen mehr Freiheit, Zeit und
144 Sicherheit gewinnen.

145 Eine solidarische Gesellschaft erkennt an, dass Arbeit weit mehr ist als
146 Erwerbsarbeit.

147 Kinder großzuziehen, Angehörige zu pflegen, Freund*innen zu unterstützen,
148 sichehrenamtlich zu engagieren und Gemeinschaft zu organisieren, hält unsere
149 Gesellschaft

150 zusammen. T rotzdem wird diese Arbeit häufig schlecht bezahlt, unsichtbar
151 gemacht

152 oder ungleich verteilt.

153 Wir kämpfen für eine gerechte V erteilung von Care-Arbeit, für eine bessere
154 öffentliche

155 V ersorgung und für Arbeitsbedingungen, die Sorgeverantwortung ermöglichen. Wir

156 wollen, dass Menschen Zeit füreinander haben, ohne dafür berufliche Nachteile
157 oder

158 finanzielle Abhängigkeit in Kauf nehmen zu müssen.

159 Das ist für uns auch eine feministische Frage. Solange FLINT AS und queere
160 Menschen

161 überproportional unbezahlte Sorgearbeit übernehmen, solange Alleinerziehende

162 besonders häufig von Armut betroffen sind , ist gesellschaftliche
163 Gleichberechtigung

164 nicht erreicht.

165 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Selbstbestimmung nicht bedeutet, mit
166 strukturellen

167 Problemen allein gelassen zu werden. Freiheit braucht materielle Sicherheit,
168 eine

169 verlässliche Infrastruktur und die Möglichkeit, das eigene Leben tatsächlich
170 nach den

171 eigenen Vorstellungen zu gestalten.

172 Klimagerechtigkeit bedeutet, die Zukunft gemeinsam

173 zu gestalten

174 Wir wollen eine Gesellschaft, die innerhalb der ökologischen Grenzen unseres
175 Planeten

176 lebt und allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht. Klimaschutz darf nicht auf
177 Kosten

178 derjenigen gehen, die ohnehin wenig haben. Wer wenig zum Klimawandel beigetragen

179 hat, darf nicht die höchsten Kosten seiner Bekämpfung tragen.

180 Die ökologische Krise ist eng mit sozialen Ungleichheiten verbunden. Während

181 Menschen mit großen Vermögen überproportional Ressourcen verbrauchen, werden
182 die

183 Folgen der Klimakrise und ungerechte Klimapolitik besonders häufig getragen